

---



---

## Taiwan

---



---

### 42 Nationalfeiertag: Widersprüchliche Signale von Präsident Chen

Mit seiner Rede zum Nationalfeiertag der „Republik China“ am 10. Oktober weckte Präsident Chen dieses Jahr internationale Aufmerksamkeit: Er erklärte darin mit Bezug auf den erloschenen taiwanisch-chinesischen Dialog: „Ich möchte nunmehr vorschlagen, dass beide Seiten auf der Grundlage des Treffens 1992 in Hongkong nach möglichen Lösungen suchen, die 'nicht unbedingt perfekt, aber annehmbar' sind.“ (Vollständiger Wortlaut der Rede in englischer Übersetzung s. TT, 10.10.04) Das „Treffen in Hongkong“ bereitete den eigentlichen Beginn des Dialogs vor, der seine erste reguläre Phase erlebte, als Wang Daohan und Koo Chen-fu (Gu Zhenfu), die Vorsitzenden der mit dem Dialog betrauten, formell unabhängigen Stiftungen ARATS (VR China) bzw. SEF (Taiwan), 1993 in Singapur zusammentrafen. Möglich wurde der Dialog, nachdem man sich in einem Akt genialer geistiger Akrobatik darauf geeinigt hatte, dass beide Seiten das „Ein-China-Prinzip“ anerkennen, ihre divergierenden Deutungen dieses Prinzips aber nur mündlich vortragen. Mit anderen Worten: Man belegte zwei beinahe konträre Auffassungen mit demselben Etikett, und damit der so kreierte Scheinkonsens nicht als illusionär erkennbar werde, verzichtete man im beiderseitigen Einverständnis darauf, darüber schriftlich irgendetwas zu fixieren, was den Schwindel entlarven könnte. Es kann schon unter diesem Aspekt nicht verwundern, dass mehr als zwei Treffen zwischen Wang und Koo nicht zustande kamen – das zweite war 1998.

Dass der Konsens darin bestand, in der Ein-China-Frage keinen finden zu können, war allerdings eher die taiwanische Auffassung. Von volksrepublikanischer Seite dagegen wurde immer betont, man habe sich sehr wohl auf eine Deutung geeinigt. Mangels schriftlicher Dokumente lässt sich keine dieser Ansichten belegen, ge-

gen die VR-chinesische spricht allerdings nicht nur, dass sie reichlich unwahrscheinlich ist, sondern auch, dass, wenn sie zuträfe, der Grund für den Verzicht auf schriftliche Fixierung nichtig wäre.

Gemäß eigenem Verständnis vom „Konsens von 1992“ hatte China von Chen Shui-bian immer gefordert, er müsse diesen anerkennen, wenn er Gespräche führen wolle. Chen hatte sich jedoch geweigert, der Forderung nach einer Anerkennung der Ein-China-Doktrin zu entsprechen. Nachdem sich Jiang Zemin als der letzte der alten KP-Garde vom Vorsitz der Militärkommission zurückgezogen hatte, sah Taiwans Staatsoberhaupt offenbar die Zeit reif für eine neue Initiative, tut nun also, was die andere Seite immer verlangt hat. Die aber will nun nicht mehr: China lehnte Chens Angebot als „unaufrichtig“ ab. In der Tat hat sich Beijings Position und Politik gegenüber Taiwan seit 1992 gewandelt: Man agiert auf dem Festland heute im Bewusstsein der eigenen Stärke und der wirtschaftlichen Attraktivität des Landes mit viel mehr Selbstbewusstsein. Zudem haben Chen Shui-bian und die DPP-Regierung zu oft ungeschickt, ja, sträflich falsch agiert. Der wohl größte Fehler war das „defensive Referendum“, das schon im Ansatz china- und friedenspolitisch schädlich, zudem völlig unnötig und im Ergebnis ein großer Reifall für den Präsidenten war. (Vgl. C.a., 2004/3, S.276) Auch dass Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) im September mit einem zukünftigen „Gleichgewicht des Schreckens“ als möglicher neuer Verteidigungsstrategie drohte, förderte nicht eben die Vertrauensbildung. (Vgl. C.a., 2004/9, Ü 33) Weitere ähnliche Fälle lieferten der Beijinger Führung in den letzten Jahren immer wieder Gründe, Chen Shui-bians Friedenssignalen mit Skepsis zu begegnen.

Wie glaubwürdig oder unglaubwürdig aber ist der Präsident wirklich, und wie klug oder unklug verhält sich die chinesische Führung, wenn sie darauf verzichtet, Gesprächsangebote auszuloten? Immerhin hat die taiwanische Staatsführung handfeste Interessen, den Dialog wieder in Gang zu bringen:

- Taiwans zukünftige Verteidigungsfähigkeit ist nicht gesichert, und selbst erheblich verstärkte Rüstungsanstrengungen – deren Durchsetzbarkeit im Parlament und beim Volk fraglich wären – würden womöglich nicht ausreichen, der Bedrohung vom Festland glaubwürdig entgegenzutreten. Rüstungskontrollgespräche wären gerade in der gegenwärtigen Phase hoch willkommen. Chen Shui-bian sprach dieses Thema in seiner Rede auch explizit an.
- Chen Shui-bian steht unter großem innenpolitischem Druck, vor allem seitens der Unternehmerschaft. Ihr hatte er schon vor Jahren die baldige Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen in Aussicht gestellt, und auch die amerikanische Handelskammer in Taipei fordert in dem Punkt mehr Flexibilität. Geschehen ist jedoch nichts.
- Und schließlich käme es Chen Shui-bian und seiner Partei höchst gelegen, wenn es gelänge, den Dialog wieder zu beleben. Vor allem im Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen könnte ein chinapolitischer Erfolg der DPP endlich zur einer Mehrheit in der Volksvertretung, dem Legislativ-Yuan, verhelfen.

Der letzte Gesichtspunkt allerdings dürfte in Beijing von einer wohlwollenden Reaktion eher abgeschreckt haben. Chens Rede enthält jedoch auch noch einen anderen Passus, der nach allem, was man über ihn und seine demokratischen Überzeugungen weiß, auf jeden Fall als aufrichtig einzustufen ist: Auf der Basis guten Willens könnten beide Seiten politische Beziehungen in jeder denkbaren Form anstreben. Dabei gelte: „Wir schließen keine Möglichkeit aus, so weit die 23 Millionen Bürger Taiwans zustimmen“ – also auch keinen Bundesstaat und keine Wiedervereinigung. Chen hat sich nicht zum ersten Mal in diesem Sinne geäußert. Die Freiheit des Volkes als des Souveräns von Taiwan, über die eigene Zukunft zu bestimmen, war ihm immer heilig. Vor der Stimme des Volkes allerdings hat die KP China größte Angst. Die Chancen, die darin liegen, Taiwans Bevölkerung für sich zu gewinnen, mag sie nicht erschließen, im Gegenteil: eine Volks-

abstimmung in Taiwan über die Zukunft des Landes gilt als Kriegsgrund, und zwar schon bei der Planung, also unabhängig vom Resultat. Die politischen Kulturen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße, so muss man erkennen, könnten verschiedener kaum sein. Die Aussichten, in einem zweiten Anlauf doch noch zu einem fruchtbaren Dialog zurückzufinden, scheinen heute eher zu schwinden als zu wachsen.

Allerdings hätte auch die festländische Seite Gründe, sich zu bewegen:

- Taiwan entfernt sich im Selbstverständnis zunehmend von China. Je eher ein Dialog wieder aufgenommen wird, umso eher kann dieser Prozess wieder umgekehrt werden.
- In Taiwan stehen erheblich verstärkte Rüstungsanstrengungen auf der Tagesordnung. Die Bereitschaft, dem Festland entgegenzukommen, um diese Anstrengungen und die damit wachsenden Kriegsriskiken zu vermeiden, ist derzeit besonders hoch und wird wieder sinken, wenn die neuen Waffenbeschaffungsprogramme erst auf den Weg gebracht wurden. In Beijing wäre man gut beraten, die derzeit günstige Gelegenheit zu nutzen.
- Chen ist gerade erst wieder gewählt worden und noch über drei Jahre im Amt; wer einmal sein Nachfolger wird, ist ungewiss, und auch bei der KMT geht die Tendenz zu mehr Taiwanbewusstsein.
- Die Alternative zu einem neuen Dialog wäre irgendwann Krieg. Manche in China scheinen dazu bereit zu sein, andere sehen die erheblichen Risiken nicht nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher Art.

Es ist daher nicht ausgemacht, dass es bei dem schroffen Nein aus Beijing bleibt. Viel wird davon abhängen, ob Chen Shui-bian es bei dieser einen Rede belässt oder sein Angebot weiter untermauert, vor allem aber, anders als in der Vergangenheit, sich jeglicher anders lautender, womöglich missverständlicher Äußerungen enthält.

Mehr oder weniger zustimmende Reaktionen erhielt Chen mit seiner Rede immerhin aus den USA und anderen Randstaaten des Pazifiks. (ST, 11.,

12., 14.10.04; HB, 18.10.04; TT, 11., 14.10.04; CNAT, nach BBC PF, 10., 19.10.04; SCMP, 11., 14., 28.10.04; FT, 11., 12.10.04; FAZ, 11.10.04) -hws-

#### 43 Kandidatenliste für Parlamentswahl geschlossen – keine gemeinsame Liste von KMT und PFP

387 Personen werden bei den Wahlen zum Legislativ-Yuan am 11. Dezember antreten und sich um einen der 168 Wahlkreissitze und um 8 für Ureinwohnerabgeordnete reservierte Sitze bewerben. 92 kandidieren für die Regierungspartei DPP, 74 für die KMT, 41 für die PFP, 30 für die TSU. Weitere 26 Kandidaten sind in der Überparteilichen Solidaritätsvereinigung (NPSU) zusammengeschlossen. 89 Kandidaten treten nicht in den Wahlkreisen an, sondern auf Parteilisten. Zu besetzen sind 225 Sitze, davon 41 Listenplätze; die restlichen acht sind für Delegierte der Auslandschinesen vorgesehen.

Die DPP äußerte sich auf Grund einer eigenen Meinungsumfrage zuversichtlich, 110 bis 115 Sitze zu erringen, sodass sie gemeinsam mit der verbündeten Union für Taiwan-Solidarität (TSU) endlich über eine parlamentarische Mehrheit verfügen könnte. Präsident Chen Shui-bian, gleichzeitig DPP-Vorsitzender, gab als Wahlziel für seine Partei 100 Sitze aus.

Derweil liefert das „blaue Lager“ der Oppositionsparteien KMT und PFP mit ihrem Streit weiterhin gratis Wahlwerbung für die Regierungspartei. Während die KMT es vorgezogen hätte, dass sich die PFP noch vor der Wahl auflöst und ihre Mitglieder der KMT beitreten, setzt der PFP-Vorsitzende James C.Y. Soong (Song Chuyu) mit seinem Plan, den Zusammenschluss erst nach den Wahlen zu vollziehen, offenbar darauf, dass die getrennt auftretenden Parteien zusammen mehr Stimmen auf sich vereinigen und mehr Parlamentssitze erringen als eine geschlossene Oppositionspartei. Ob dieses Kalkül aufgeht, wird davon abhängen, ob die Wortgefechte zwischen Teilen der KMT und Song zeitig genug aufhören. Bislang bietet sich eher ein Bild der Zerrissenheit, sodass es überhaupt fraglich

erscheint, ob es in den nächsten Monaten zur Vereinigung beider Parteien kommt. (Vgl. C.a., 2004/9, Ü 32)

Profitieren könnten vom Streit in der Opposition neben der DPP auch die unabhängigen Kandidaten. Dies käme dann ebenfalls der DPP zugute, da mit den Unabhängigen leichter zu verhandeln ist als mit den Fraktionen des blauen Lagers, die sich bislang zu gern als Gesetzgebungsverhinderer profilierten.

Laut einer im Auftrag eines KMT-Stadtratsmitglieds von Taipei durchgeführten Umfrage haben 44% der Befragten noch nicht entschieden, wem sie im Dezember ihre Stimme geben. Lässt man dies außer Betracht, so ergäbe sich nach derzeitigem Stand eine klare Mehrheit für die „Grünen“ aus DPP und TSU mit 20,7 bzw. 2,7%. Demgegenüber käme das blaue Lager nur auf 14,6% für die KMT bzw. 5,1% für die PFP. (TT, 3., 4.10.04; CNAT, nach BBC PF, 12., 26.10.04; ST, 13.10.04) -hws-

#### 44 Zentralbank erhöht den Leitzins

Taiwans Wirtschaft glänzt derzeit mit Wachstumsraten wie in alten Tagen: 7,2% Plus gab es im ersten Halbjahr, für das ganze Jahr 2004 erwartet Wirtschaftsministerin Ho Meiyue (He Meiyue) immer noch sehr stolze 5,87% Wachstum. Vor allem die Ausfuhren gedeihen. Mit 24% mehr als 2003 wird für das laufende Jahr mit einem neuen Rekord gerechnet. (CNAT, nach BBC EF, 18.10.04; WSJ, 22.10.04)

Bislang herrschte trotzdem nahezu Preisstabilität: die Teuerung lag in den ersten acht Monaten des Jahres bei nur 1,4%. Ende September allerdings sah die Zentralbank offenbar Anlass, möglichen inflationären Tendenzen, die vor allem von den gestiegenen Ölpreisen herrührten, entgegenzutreten: Sie erhöhte den Diskontsatz mit Wirkung zum 1. Oktober um 25 Basispunkte auf 1,625%. Die übrigen Leitzinsen wurden entsprechend angepasst. Es ist die erste Erhöhung seit Ende 2000. Ab Juni 2003 lag der Diskontsatz bei 1,375%, ein Rekordtief.

Die meisten Beobachter hatten zwar eine Zinserhöhung erwartet, jedoch

nicht in dieser Höhe. Gleichwohl sind die Leitzinsen auch jetzt noch immer sehr niedrig. Da die Finanzmärkte noch über reichlich Liquidität verfügen, sind negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft nicht zu erwarten. (NZZ, 1.10.04; TT, 1.10.04; WSJ, 1.10.04) -hws-

#### 45 Taiwan zieht Truppen von den festlandsnahen Inseln ab

Taiwan will demnächst 1.500 Soldaten verlegen, die derzeit auf sechs kleinen Inseln des Quemoy-Archipels stationiert sind. Auf den Eilanden wird es dann keine Garnisonen mehr geben. Die Verwaltung geht an die Kreisregierung der Hauptinsel Quemoy (Jinmen, Kinmen) über, die die Inseln touristisch erschließen wird. Auf zwei der Inseln, Tatan und Ertan, werden die massiven Befestigungsanlagen die Hauptattraktion sein.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums handelt es sich nicht um einen Truppenrückzug, sondern um eine „Anpassung“ des militärischen Personals. Davon soll auch Quemoy selbst betroffen sein, denn insgesamt ist von 10.000 Soldaten die Rede, die vom Archipel abgezogen werden, sodass dort nur noch 5.000 verbleiben. Präsident Chen Shui-bian möchte darin allerdings eine Geste guten Willens gegenüber dem Festland sehen.

Zwar geht die Maßnahme auf eine Anregung zurück, die ein Mitglied des Kreisrats von Quemoy im Jahr 2000 machte, doch ist man am Ort selbst von dem Truppenabzug keineswegs begeistert, da erhebliche Einkommensverluste drohen, die durch eine Zunahme des Fremdenverkehrs schwerlich wettgemacht werden können.

Auch bei der Opposition und vor allem bei wiedervereinigungsorientierten Politikern stieß die Ankündigung auf Protest: Sie sehen darin einen weiteren Schritt der Loslösung Taiwans vom Festland. Dies Argument wirkt allerdings recht weit hergeholt, denn die Zahl der Soldaten auf diesen Inseln ist für den sich seit langem vollziehenden Prozess der Taiwanisierung Taiwans gänzlich ohne Belang. Militärisch gesehen, ist die Maßnahme dagegen sinnvoll, da Kosten und Nutzen der Stationierung in keinem vernünfti-

gen Verhältnis stehen und die frei werdenden Mittel auf andere Weise effektiver eingesetzt werden können. Ebenfalls aus Kostengründen hatte Taiwan sein Militär bereits vor Jahren von einigen Inseln im Südchinesischen Meer abgezogen und dort stattdessen Einheiten der Küstenwache stationiert. (ST, 11., 22.10.04; SCMP, 11.10.04; CNAT, nach BBC EF, 12.10.04; vgl. C.a., 1999/11, Ü 43) -hws-

---

#### Corrigenda:

Im Septemberheft wurde in der Übersicht 22, „Hei'er auf dem Weg zu einer globalen Marke“, der Unternehmensname **Haier** versehentlich falsch wiedergegeben.